Marion Schardt-Sauer

WENN IM MÄRZEN DER BAUER NICHT MEHR ANSPANNT…

10.03.2022

Gedanken zur aktuellen Lage

Der Monat März ist traditionell der Monat, in dem die Bewirtschaftung der Feldflur startet. Nicht umsonst beschreibt das schöne Volkslied auf romantische Weise, wie „der Bauer im Märzen die Rösser anspannt“. Die Feldarbeit in der Landwirtschaft startet in diesem Jahr jedoch unter völlig neuen Voraussetzungen.

Der Ukraine-Krieg stellt Deutschland und Europa unvermittelt vor eine grundlegend veränderte Gesamtlage und insbesondere vor völlig neue Herausforderungen, deren Dimension und Reichweite wir Stand heute vermutlich noch nicht wirklich überschauen können.

Ohne Vorwarnung sind wir dabei plötzlich existenziell mit der Frage der Versorgungssicherheit konfrontiert. Zu allererst spüren und sehen wir die Tragweite naturgemäß beim Thema „Energie“: die explodierenden Preise an den Tankstellen, aber auch die Preise für Heizöl, Gas und Strom belasten den Geldbeutel jedes einzelnen schon jetzt erheblich. Hinzu kommen vermehrt Meldungen, dass der Nachschub bzw. die Verfügbarkeit beispielsweise von Heizöl vereinzelt bereits leicht ins Stocken gerät.

Auf Grund der direkten Betroffenheit gerät dabei allerdings ein anderes Themenfeld etwas in den Hintergrund, das zumindest mittelfristig mit nicht weniger drastischen Auswirkungen für alle Verbraucher verbunden sein könnte und vermutlich auch sein wird. Dieses Themenfeld bewegt mich nicht nur aus persönlicher Betroffenheit, sondern auch, weil hier exemplarisch eine Fehlentwicklung der vergangenen Jahr offen zu Tage tritt.

Abgerufen am 21.11.2026 unter https://schardt-sauer.de/?p=2784

Mit Sorge schaue ich unter diesen Vorbedingungen auf den Sektor „Nahrungsmittelversorgung und Landwirtschaft“.

Schon seit Wochen steigen die Produktionskosten (Agrardiesel, Dünger, Saatgut, Futter) im Rekordtempo und seit Kriegsausbruch gehen die Preise regelrecht durch die Decke,

Quasi über Nacht wird uns durch den Krieg drastisch vor Augen geführt, dass wir auch hinsichtlich der Verfügbarkeit von Grundnahrungsmitteln zu einem wesentlichen Teil von anderen Ländern und insbesondere von der Krisenregion Ukraine abhängig sind. Plötzlich nehmen wir zur Kenntnis, dass wir nur noch zu 60% in der Lage sind, die Nahrungsmittel für 80 Millionen Menschen in Deutschland selbst zu produzieren.

Wie konnte das passieren?

Gefühlt haben wir doch noch gestern über „Milchsee“ und „Butterberg“ diskutiert und uns Gedanken darüber gemacht, wie wir hochwertige landwirtschaftliche Flächen immer weiter extensiveren können. Es schien keine wirkliche Rolle dabei zu spielen, dass mit dem Rückbau etablierter, leistungsfähiger Strukturen sowie einer exponentiell steigenden Bürokratisierung und Reglementierung der Landwirtschaft in letzter Konsequenz eine über Jahre kontinuierlich sinkende Produktivität einherging. So wie manche schlicht davon ausgingen, dass der Strom „selbstverständlich aus der Steckdose“ kommt, hat man sich zu keinem Zeitpunkt gefragt, was passiert, wenn der Nachschub aus dem Ausland zurückgeht oder gar ganz ausfällt. Schließlich waren die Supermarktregale zu jeder Tages- und Nachtzeit prall gefüllt und Lebensmittel jeder gewünschten Art und Menge 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche verfügbar.

Aus dieser höchst luxuriösen Situation wurden wir nun durch die aktuelle Weltlage in eine wahrhaft bedrohliche Situation zurückgeworfen. Die grün-schillernde Seifenblase ist geplatzt und wir wachen auf in einer ebenso harten und wie ernüchternden Realität.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass man eben nicht folgenlos einen gesamten Wirtschaftszweig „herunterfahren“ - schon gar nicht einen Bereich, auf den jeder einzelne in der Bevölkerung existenziell angewiesen ist. Die naive und teilweise weltfremde Agrar-, Umwelt- und Klimapolitik grüner Ideologen führt uns genau an einen Punkt: vor die Wand.

Hier muss nun dringend ein fundamentales Umdenken und ein nachhaltiges Gegensteuern erfolgen, wenn wir als Gesellschaft nicht weniger als den sozialen Frieden

Abgerufen am 21.11.2026 unter https://schardt-sauer.de/?p=2784

erhalten wollen. Sollte es wegen Lieferschwierigkeiten -im schlimmsten Fall in Verbindung mit witterungsbedingt schlechten Ernten- tatsächlich zu Versorgungslücken kommen, möchte man sich die sozialen Folgen lieber nicht ausmalen.

Konkret bedeutet das für mich:

1. Wir müssen den schleichenden Verlust wertvoller Ackerflächen stoppen. Es kann nicht sein, dass die Versiegelung oder Umwidmung von Flächen in diesem Maße fortschreitet. Dies gilt auch beispielsweise für die Errichtung von Solarparks auf Ackerland. Die Frage nach der „vorrangigen Nutzung“ von Ackerflächen muss wieder in den allermeisten Fällen zu Gunsten der landwirtschaftlichen Nutzung entschieden werden.
2. Wir müssen die „Verbotspolitik“ gegenüber der Landwirtschaft überdenken. Bürokratisierung und Reglementierung verhindern die Entfaltung des Produktionspotenzials, das wir als Gesellschaft dringend brauchen
3. Wir müssen auch über den Umgang mit der Landwirtschaft auf medialer Ebene und die insgesamt gezeigte Wertschätzung nachdenken. Ein Berufsstand, der permanent im Kreuzfeuer öffentlicher Kritik und Empörung steht, kann nur schwer motiviert werden, einen wesentlichen Teil zum Erhalt des sozialen Friedens beizutragen, in dem ein Volk von 80 Millionen Menschen schlicht „satt“ gemacht wird.

Ich jedenfalls werde im Rahmen meiner Möglichkeiten unter anderem für diese drei Aspekte auf politischer Ebene kämpfen. Darüber hinaus hoffe ich, mit diesem Papier zumindest einen nachhaltigen Denkanstoß zu liefern, der möglichst viele zum Nachdenken bringt.

Abgerufen am 21.11.2026 unter https://schardt-sauer.de/?p=2784